

September 2012

AMNESTY JOURNAL

DIE ZEITSCHRIFT FÜR MENSCHENRECHTE



**ROMA-ZWANGSRÄUMUNGEN
in Rumänien**

**ELFRIEDE JELINEK
über PUSSY RIOT**

Inhalt



Joshua Gross

REUTERS/Maxim Shemetov

3 Editorial

Heinz Patzelt über einen aus den Rudern geratenen Polizeieinsatz und dessen fragwürdige Aufarbeitung

4 Singen. Tanzen. Schreien.

Die österreichische Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek über Pussy Riot.

7 Russland am Weg in die Diktatur

Von der „Diktatur des Gesetzes“, die Putin von 12 Jahren ankündigte, bleibt nur mehr die Diktatur.

8 Unschuldig hinter Gittern

Jeder Flüchtling, der in Malta ankommt, wird automatisch interniert. Das kann bis zu 18 Monate dauern.

9 Aktuell – Erfolge

10 Mama Illegal

Unter uns und doch unsichtbar. Ein neuer Film über illegale Haushaltshilfen und Pflegehelferinnen

11 Rassismus

Österreich im Fokus des Untersuchungsausschusses für die Beseitigung von Rassendiskriminierung. Fazit: Es gibt noch viel zu tun.

12 „Ich werde meiner Vergangenheit nie entkommen.“

Shin Dong Hyuk wurde im Gefängnislager in Nordkorea geboren und konnte flüchten.

14 Kampagne:

Stoppt Zwangsräumungen in Rumänien. Jetzt.

„Wir wurden an den Stadtrand gebracht wie Gegenstände.“ 356 Menschen wurden an einem kalten Wintertag vor zwei Jahren in Rumänien einfach auf die Straße gesetzt.

16 Kein Ort zum Leben.

Catrinel Motoc ist derzeit auf Recherche in Rumänien und hat einen persönlichen Eindruck von der Situation in Cluj-Napoca gewonnen.

18 Aktiv für Menschenrechte

21 „Wir wollen auch Schwieriges unterstützen.“

Ein Gespräch mit Ingrid und Christian Reder.



Editorial

POLIZEI MACHT MENSCHENRECHTE?

Von Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty Österreich

Peng peng peng – peng peng peng peng – peng peng, oder doch pengpengpengpengpengpengpengpengpeng-peng? Immer wieder verblüffend, wie sich die Aussagen von Augenzeugen unterscheiden können, aber angesichts der Hektik, Unübersichtlichkeit und Dramatik der Einsatzsituation auch nicht unglauwbüdig.

Am Ende dieses nächtlichen Polizeieinsatzes liegen eine von neun Schüssen aus einer Polizeiwaffe schwerst verletzte Frau, zwei große Küchenmesser und ein – glücklicherweise nur leichtverletzter – Polizist am überfluteten Küchenboden der kleinen, engen Wohnung. Vorausgegangen ist einer jener ganz besonders schwierigen, herausfordernden Polizeieinsätze, die keiner haben will und trotzdem irgendjemand durchführen muss: Ein nächtlicher Notruf in eine angeblich brennende Wohnung, eine schreiende Stimme, statt Feuer ein überflutetes Küchenvorzimmer, plötzlich Stille, Unklarheit, ob und wo ein Täter und das Opfer sind, eine versperrte Tür wird aufgebrochen, eine offensichtlich zu keiner rationalen Handlung oder Verständigung fähige junge Frau, ein Häufchen Elend kauert nass in einer Duschkabine – dann plötzlich wieder Schreie, die Frau springt auf, zwei Küchenmesser werden sichtbar, ein Polizist stolpert zu Boden, neun Schüsse fallen, Stille und Entsetzen.

Vorgestern saß die junge Frau im Rollstuhl vor ihrem Richter, dass sie überlebt hat, grenzt an ein Wunder. Die leise ruhige Sachlichkeit, mit der sie den Vorfall schildert, präzise zwischen Fakten und subjektivem Erleben in ihrer damaligen Verwirrtheit und Angst unterscheidend, macht auch für Gericht und Sachverständige klar, dass sie in ein neues, besseres Leben finden wird.

Höchst irritierend aber jene staatsanwaltliche Nachhilfestunde während der Zeugen(!)-Befragung des am Daumen leichtverletzten Polizisten:

Gleich nach dem Vorfall beschrieb er die Situation als ein „Herumfuchteln mit den Messern“, nach immer drängenderen Nachfragen der Staatsanwältin werden daraus Stichbewegungen gegen sein Gesicht, dem ungläubig stauenden Verteidiger erklärt er, dass er mit „Herumfuchteln“ ein Zusteichen beschreiben wollte. Die Anklägerin fasst das schlussendlich als „wichtige Stichbewegungen“ zusammen. Ob das wohl etwas mit der überfälligen Entscheidung über das menschenrechtlich dringend gebotene Gerichtsverfahren zum polizeilichen Handeln zu tun hat?

Solche penetranten Wahrheitsoptimierungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft sind unnötig, unverständlich und unerträglich!

Mit aller menschenrechtlichen Klarheit, kein Polizist muss sich mit Messern bedrohen lassen, da besteht zweifelsfrei Lebensgefahr, ganz gleich wie unnötig so eine Situation herbeigeführt wurde. Selbstschutz kommt vor Fremdschutz, alles andere wäre völlig unzumutbar.

Aber warum – WARUM! – war hier kein älterer, erfahrener Polizist am Einsatzort, warum wurde nicht auf die dafür viel besser ausgebildete WEGA gewartet, warum ist Innehalten keine Option, wenn offensichtlich kein Straftäter am „Tatort“ ist, warum muss so was immer um jeden Preis durchgezogen werden, warum wurde wieder einmal jemandem fast „zu Tode geholfen“, warum, warum, warum?

Wenn unsere Polizei einst wirklich Menschenrechte machen will – wie das höchst begrüßenswerte Projekt POLIZEI.MACHT. MENSCHENRECHTE in Aussicht stellt – braucht es mehr, viel mehr: Zu allererst eine aktive, engagierte Fehler- und Lernkultur statt das sattsam bekannten „Mauern, Tarnen, Täuschen“, und dann wird es notwendig sein, Ressourcen, Einstellungen und Handlungsoptionen weit über das unterste strafrechtliche Minimum hinaus zu schaffen – sonst bleibt das einfach nur ein hochtrabender PR-Begriff.





Die russische Punkband Pussy Riot bei einer Performance am Roten Platz in Moskau

SINGEN. TANZEN. SCHREIEN.

von Elfriede Jelinek

Ich habe lange überlegt, wie ich mich mit den Pussy Riot solidarisch erklären könnte. Ich habe sogar einen kleinen Text geschrieben, den ich in meine Homepage stellen wollte, ein Foto von mir selbst dazu, mit verklebtem Mund oder einer Papiertüte über dem Kopf. Ich habe das nicht getan, einerseits, weil mir Aktionismus überhaupt nicht (mehr) liegt, andererseits weil mir bewußt ist, daß ich alles dürfte, um diese Frauen zu unterstützen, die das nicht dürfen sollen, was sie, als ihr ureigenstes Recht, getan haben: öffentlich aufzutreten, in einer Kirche (o Gott! Und auch du, gute Heilige Jungfrau! Wir kennen uns schon so lang, schon aus der Klosterschule, sag ehrlich: Fühlst du dich jetzt geschändet? Wie kann dich das erreichen, lieber Gott, da du doch immer warst, immer sein wirst und immer im Kommen sein wirst, während Popstars entweder im Kommen sind oder auf dem absteigenden Ast, wenn niemand mehr nach ihnen fragt. Aber nach Gott und seiner Mutter kann man fragen oder nicht, er bleibt immer gleich, Er, er kann

nicht beleidigt werden, er ist das Sein selbst, dessen die Menschen bedürfen, die das Sein nicht sind, sondern ihm gehören. Was nicht bedeutet, daß sie auch Ihm, Gott, gehören würden. Sie bestimmen selbst, wem sie gehören wollen. Sie sind da hergestellt, nicht: hergestellt worden, sagen, was sie zu sagen haben, denn am Anfang war das Wort, und das Wort gehört jedem, der es sich nimmt, und dem ist es dann auch gegeben. Ein Gott schaufelt sich im Kommen den Platz frei, der er selber ist, in seiner eigenen Stille, aber seine Menschen dürfen, müssen auch laut sein dürfen, wenn und wann immer sie wollen. Die Menschen stehen mit sich selbst dafür ein, (ohne daß sie dabei geschlagen und verletzt werden dürften), daß sie dem Nichts, aus dem sie kommen (oder der Schöpfung, je nachdem) das Wort entreißen und sagen, was sie zu sagen haben.

Diese drei jungen Frauen, die Pussy Riot, haben in einer Kirche gesungen, das gehört sich dort so, und sie haben wild getanzt, eine Art Veitstanz, eben

wie es sich gehört, wenn in einem Staat, der auf dem Weg in die Totalität ist, Menschen sich etwas herausnehmen müssen, um gehört zu werden, was schwierig ist, denn alle Schubladen sind schon zugesperrt, die Tür ist verrammelt, da muß man fest dagegentreten, damit man sich seinen Raum, dieses Offene, in dem man sprechen, singen, tanzen darf, nein: muß, freischaufeln kann, damit man vernommen (und nicht: einvernommen) werden kann; und sie haben sich gegen ihren Präsidenten Putin geäußert, in einer Kirche, man stelle sich vor!, sie haben die Gottesmutter gegen ihn zu mobilisieren versucht, wen haben sie da gelästert? Gott oder Putin? Oder sind die beiden gleichzusetzen? Wer Putin beleidigt, beleidigt Gott? Seine Mutter? Die Kirche? Man kann ja noch nicht einmal sagen, daß das ein legitimer Protest war und das Recht auf Protest ein Menschenrecht, denn der Protest, jeder Protest, der sich gegen die Gefährdung von Grundrechten richtet, ist Pflicht, nicht Recht. Die jungen Frauen mußten tanzen, singen, schreien, es blieb ihnen gar keine

andre Wahl. Es blieb ihnen nichts übrig, damit von ihnen, von allen, etwas übrigbleiben kann. Der gefährliche Punkt ist dann erreicht, wenn innerhalb des Systems keine Propaganda mehr nötig ist, weil alles gleichgeschaltet wurde. Hannah Arendt unterscheidet zwischen der Staatsdoktrin, die innerhalb der Bewegung der Propaganda gar nicht mehr bedarf, und der reinen Propaganda für die Außenwelt. Alles Sprechen, Singen, Schreien, Tanzen außerhalb der Propaganda soll förmlich zerquetscht werden vom Druck einer gleichgeschalteten Außenwelt, die jederzeit in Terror umkippen kann, wo letztlich auch Propaganda nicht mehr nötig ist, weil die Bedrohung für alle gegeben ist, und deswegen muß da unser Druck von außen dagegehalten, von Regierungskritikern im eigenen Land wie auch der von kritischen Beobachtern aus anderen Ländern, die da eben nicht zuschauen können, die das nicht dulden können. So, und da stehen wir also und schreien ebenfalls (das Tanzen und das Singen gehen nicht so gut, zumindest bei mir nicht), obwohl wir nicht Bürger dieses Staats sind, der sich mit der Verfolgung von drei jungen Musikerinnen zwei von ihnen Mütter kleiner Kinder, was sagst du dazu, heilige Jungfrau?, dir hat man deinen Sohn erst genommen, als er schon erwachsen war! -, einen Schritt auf den Weg des Schreckens gemacht hat, wenn er in diesen drei singenden, schreienden, tanzenden jungen Frauen schon eine Art Kriegserklärung sieht. Und da haben wir eine Assistentin, eine Art böse Krankenschwester, die Kirche, die sich, ein riesiger Popanz (und leider wird auch im Westen die Gotteslästerung als Delikt schon wieder ein Thema, ich kann es kaum glauben! Ich fasse es nicht!) vor die, den Herrschenden schiebt, mit goldstrotzenden Fahnen wedelt und von „Rowdytum aus religiösem Haß“ spricht, das nenne ich mal einen unheiligen Bund! Von diesem Bund bis zu den blutigen Verbänden an Menschen, die anderer Meinung sind als ihre Herrschenden und daher niedergeknüppelt werden, ist es nicht mehr weit. In einem Land der Friedhofsruhe, der KZs, der Gefängnisse, der Straflager ist auch Propaganda nicht mehr nötig, dann ist die höchste Perfektion des Terrors erreicht. In den KZs der Nazis war Propaganda sogar verboten, vor lebenden Toten wäre sie Zeit-



REUTERS/Maxim Shemetov

Amnesty-AktivistInnen demonstrieren für die Freilassung von Pussy-Riot in Kiev

und Energieverschwendung gewesen, Verschwendung von Energie, die doch dem Schinden und Töten von Menschen vorbehalten sein sollte. Propaganda ist das wichtigste Instrument im Verkehr mit der Außenwelt, Terror jedoch ist das tiefste, innerste Wesen totaler Herrschaft. Herrscht der Terror einmal, so herrscht er unabhängig von allem, auch unabhängig von RegimegegnerInnen. Er ist dann alles, was es gibt. Das muß verhindert werden.

Als ich das alles so hingeschrieben habe, hatte ich mir nicht vorstellen können, daß es tatsächlich zu einer Verurteilung dieser Frauen kommen könnte. Es war undenkbar für mich. Da der gütige Zar Putin öffentlich erklärt hatte, er wäre auch mit einer milden Strafe zufrieden (aber, nicht wahr, Strafe muß sein?! Es sind ja „nur“ zwei Jahre, für jede von ihnen, nicht drei!), denn er schien der Ansicht zu sein, ihm komme es zu, auf ein Urteil Einfluß zu nehmen, das ohne ihn gar nicht erst zustande gekommen wäre, habe ich diesen Text damals, zu Beginn des Prozesses, nicht veröffentlicht, um den drei Frauen nicht zu schaden. Jetzt ist ihnen geschadet worden. Jetzt kann wenigstens ich ihnen nicht mehr scha-

den (und leider auch nicht mehr helfen). Ich kann das nur schreiben. Ich darf das.

Die Inhaftierung dieser drei jungen Frauen (und ihre Haftbedingungen, die offenbar an Folter grenzen und von ihnen auch so genannt werden) bedeutet eine Art Zeitknoten. Noch kann das Land zurück auf den Boden des Rechts, das immer erkämpft werden muß, ja, auch durch Singen, Zucken, Tanzen, Schreien, egal, durch alles, was gesehen und gehört werden kann. Aber wenn diese drei Pussy Riot wirklich eingesperrt werden sollten, dann sperrt sich Rußland selber ein. Dann ist der Tanzboden, egal, wo er sich befindet er darf sich überall befinden, er soll sogar! geschlossen. Und dann fängt ein anderer Tanz an, der mir jetzt schon entsetzliche Angst macht. Keiner kann dann sagen, er hätte es nicht gewußt. Denn was einmal war, das muß für immer gewußt werden. Und das Einmal, das hatten wir schon. Und mehr als einmal.

Elfriede Jelinek ist österreichische Schriftstellerin und Literaturnobelpreisträgerin. Der hier veröffentlichte Text erschien ursprünglich in der New York Times. Copyright © 2012 Elfriede Jelinek. www.elfriedejelinek.com



REUTERS/Alexander Demianchuk

Ein Demonstrant hält ein Schild, das auf den Artikel 13 der russischen Verfassung hinweist – dieser garantiert das Recht auf Versammlungsfreiheit.

RUSSLAND RÜCKT IMMER MEHR IN RICHTUNG DIKTATUR

Von Markus Müller-Schinwald

Eine „Diktatur des Gesetzes“ soll für Ordnung sorgen – mit dieser Ankündigung begann Wladimir Putin seine Arbeit als Präsident der Russischen Föderation. 12 Jahre und drei Präsidentschaften später ist nur die erste Hälfte dieses Versprechens eingelöst, der Diktatur fehlen Rechtsstaatlichkeit, Legalität und Unabhängigkeit der Gerichte. Die Justizgroteske rund um die Punkband Pussy Riot zeigt, dass jetzt auch die öffentliche Meinung endgültig dem Einfluss des Staates unterworfen werden soll, Widerspruch wird nicht mehr still geduldet, sondern bestraft.

PUTIN UND DIE ORTHODOXIE. Einen willigen Gehilfen findet das Regime dabei in der Führung der orthodoxen Kirche, die das ideologische Unterfutter für die nächste Amtszeit des Präsidenten liefert: „Russland + Orthodoxie + Putin = neue

Großmacht“. Nur 20 Jahre nach dem Ende des Verbotes und der staatlichen Verfolgung während der Sowjetunion hat sich die Kirchenführung mit dem Staat arrangiert, gibt Wahlaufufe für den Präsidenten ab und appelliert an die Russinnen und Russen, nicht an regierungskritischen Demonstrationen teilzunehmen. Das Kirchenoberhaupt Patriarch Kirill geht sogar so weit, die Amtszeit Putins als „Wunder“ zu bezeichnen. Als Gegenleistung bekommt die Kirche mehrere tausend Gebäude zurückerstattet, die zu Sowjetzeiten beschlagnahmt wurden, und „Religion“ wird als verpflichtender Unterrichtsgegenstand eingeführt. Die „Orthodoxie“ wird zur Staatsdoktrin, die für russische Traditionen, die Einheit des Staates und imperiale Macht steht, eine Doktrin, in der Wörter wie Gnade, Mildtätigkeit oder Nächstenliebe keinen Platz haben.

VERSAMMLUNGSFREIHEIT BESCHNITTEN.

Auch weltlich werden die Zügel angezogen: Das neue Gesetz zur Versammlungsfreiheit verhindert praktisch jede Versammlung, die der Obrigkeit nicht passt. Und mit dem ebenfalls neuen Gesetz, das offiziell dem Schutz von Minderjährigem im Internet dient, verschafft sich der Staat die Möglichkeit, so gut wie jede ihm nicht genehme Information im Netz zu blockieren. Das Russland im ersten Jahrzehnt von Putins Herrschaft war ein autoritärer Staat, der für seine Untertanen einige Fenster offenließ, durch die freie Luft des Westens in das Land strömen konnte. Diese Fenster werden jetzt nach und nach geschlossen.

Dr. Markus Müller-Schinwald ist seit drei Jahren Korrespondent des ORF in Moskau. Dieser Gastkommentar erschien zuerst auf seinem Blog www.ostblog.tv

UNSCHULDIG HINTER GITTERN

Jeder Flüchtling, der ohne Papiere auf Malta ankommt, wird automatisch interniert. Im Maximalfall kann das bis zu 18 Monate dauern. Derzeit sitzen Hunderte in diesen Internierungslagern, die laut Amnesty International gegen europäisches und internationales Recht verstoßen. Die Zustände in diesen Einrichtungen werden als miserabel beschrieben.

Sie haben Krieg erlebt oder Hunger gelitten, oder einfach die Hoffnung auf ein besseres Leben – und landen, wenn sie nach tagelangen, lebensgefährlichen Bootsfahrten auf Malta ankommen, in einem EU-Land hinter Gittern. „Ich bin seit 16 Monaten hier eingesperrt. Ich halte das nicht mehr aus, ich werde hier wahnsinnig. Der Arzt sagt, dass ich mein Gedächtnis verliere“, der Blick in den Augen des nigerianischen Flüchtlings Kio (Name geändert) spricht Bände. Er hat eine tagelange Bootsfahrt über das Mittelmeer hinter sich, musste miterleben, wie andere Insassen des Bootes dabei ums Leben gekommen sind. „Manche tun sich hier eingesperrt etwas an“, sagt er, seinen Blick gesenkt.

INTERNIERUNGSLAGER. Flüchtlinge, die ohne gültige Dokumente auf Malta ankommen, müssen automatisch in ein Internierungslager, das wie ein Gefängnis nicht verlassen werden darf. Asylsuchende können dort – während sie auf einen positiven Bescheid warten – bis zu zwölf Monate interniert werden; wird der Asylantrag abgelehnt, kann der Flüchtling bis zu 18 Monate festgehalten werden. Ausnahmen werden nur für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, wie etwa schwangere Frauen, Kinder oder Schwerkranke gemacht. Laut MenschenrechtlerInnen werden etwa 40 Prozent der Asylanträge abgelehnt, was für die Betroffenen in der Regel die vollen 18 Monate Freiheitsentzug bedeute. Danach dürfen sie das „closed centre“ zwar verlassen, können aber jederzeit abgeschoben werden.

NICHT INDIVIDUELL GEPRÜFT. Das größte Problem in der Flüchtlingsthematik auf Malta sei die Internierung, erklärt die Amnesty-Expertin für Asyl und Migration Anneliese Baldaccini. Diese erfolge automatisch, die Umstände oder eine etwaige Notwendigkeit würden nicht individuell geprüft. Malta sei das einzige



Barbara Mair



Barbara Mair

Land in Europa, das diese illegale Politik – die europäischem und internationalem Recht widerspreche – verfolge.

Die Internierung hat laut Baldaccini einen sehr starken psychischen Einfluss auf die Flüchtlinge, die zumeist unbeschreibliche Erlebnisse hinter sich hätten. Die Internierungslager sind absolut überfüllt, die sanitären Bedingungen schrecklich. Die Leute werden depressiv, haben nichts zu tun und wissen meist nicht, wie lange noch oder warum sie überhaupt interniert sind.

Bis zu 800 Personen sind aktuell auf Malta unter Freiheitsentzug interniert. Die maltesische Flüchtlingskommission begründet die Internierung mit der großen Anzahl der Flüchtlinge und fordert internationale Solidarität ein. Die anderen EU-Länder zeigen sich – unter anderem mit Verweis auf das Dubliner Übereinkommen – wenig aufnahmebereit,

auch Österreich hält sich bei der Aufnahme maltesischer Flüchtlinge zurück.

ZURÜCK BLEIBEN DIE BETROFFENEN. Kio lebt mit rund 350 weiteren Internierten in dem Internierungslager Lyster barracks, einem militärischen Gelände umgeben von Stacheldrahtzäunen und schweren Eisengittern. Dicht an dicht stehen die Stockbetten in den Schlafräumen, Aufenthaltsraum gibt es für die Männer einen. Zu tun gibt es für die Betroffenen nach eigenen Angaben nichts. „Wir brauchen Freiheit, wir brauchen Hilfe“, lautet Kios eindringliche Bitte. Dutzende um ihn nicken zustimmend, andere verharren regungslos, ihren Blick ins Leere gerichtet.

Viola Bauer ist Außenpolitik-Redakteurin bei der Austria Presse Agentur APA. Die Recherchereise nach Malta erfolgte im Rahmen des EU-Projektes „eurotours 2012“.

EXTREMFALL TEXAS: HINRICHTUNG GEISTIG ZURÜCKGEBLIEBENER

Obwohl Menschen mit geistiger Behinderung in den USA nicht hingerichtet werden dürfen, wurden dort im Sommer gleich zwei zurückgebliebene Männer exekutiert. Die Bundesstaaten nutzen ein rechtliches Schlupfloch.



Dass in den USA geistig Behinderte zum Tode verurteilt werden, ist nichts Neues. Diesen Sommer wurden aber gleich zwei Männer hingerichtet, die nachweislich

mental zurückgeblieben sind, eine weitere Exekution wurde in letzter Minute verschoben.

Eigentlich ist das verboten, denn der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten entschied bereits 2002, dass geistig behinderte Menschen nicht hingerichtet werden dürfen. Die genaue Definition von geistiger Behinderung überließ das Gericht dabei aber den einzelnen Bundesstaaten. Wie weit US-Gerichte bereit sind zu gehen, um die Vollstreckung der Todesstrafe mit jedem Mittel durchzuboxen, zeigt der Fall Marvin Lee Wilson. Wilson konnte kaum lesen, sich lange Zeit nicht einmal selbst die Schuhe binden und hatte bei einem IQ-Test lediglich 61 Punkte erzielt. Unter 70 Punkten gilt man in den USA als „geistig behindert“. Trotzdem wurde er im August hingerichtet, weil er nach Ansicht der Richter John Steinbecks Romanfigur Lennie Small („Von Mäusen und Menschen“) nicht genug ähnele. Lennie ist ein zurückgebliebener, naiver Arbeiter, der seine Kräfte nicht unter Kontrolle hat und gegen Ende des Buches versehentlich eine Frau ermordet. Das texanische Berufungsgericht verwies auf diesen fiktiven Charakter und meinte, kindliche Naturen wie Lennie dürften tatsächlich nicht hingerichtet werden. Auf Wilson treffe das aber nicht zu, denn er sei immerhin intelligent genug gewesen, um zu heiraten (!) und den Führerschein zu machen. Diese rechtliche Begründung kann nur als purer Zynismus interpretiert werden. Wilson war laut einem Gerichtspsychiater nicht in der Lage, Telefonbücher zu nutzen und seine Finanzen selbst zu regeln.

Die Vereinigten Staaten sind neben Japan die einzige westlich geprägte Demokratie, die noch an der Todesstrafe festhält. Die gute Nachricht: Die Zahl der Hinrichtungen in den USA geht zurück. Das hat auch finanzielle Ursachen: Bei einer Todesstrafe sind die Verfahrenskosten viel höher als bei lebenslanger Haft. Es ist zu hoffen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis diese barbarische, unmenschliche Bestrafung endgültig abgeschafft wird.

Siobhan Geets



REUTERS/POOL New

Guantanamo: Endstation für Terrorismusverdächtige

CIA-VERSCHLEPPUNGEN UND GEHEIMHAFT IN EUROPA

Ein Bericht des Europäischen Parlaments über die Beteiligung von EU-Staaten bei Verschleppungen und Geheimgefängnissen in Europa ist gerade mit einer überwältigenden Mehrheit von 568 Stimmen (34 Gegenstimmen und 77 Enthaltungen) angenommen worden.

Der Bericht konzentriert sich auf die drei europäischen Länder Litauen, Polen und Rumänien, die geheime CIA-Gefängnisse eingerichtet und CIA-Überstellungsflüge genehmigt haben sollen. Das Europäische Parlament fordert mit der jetzigen Resolution die Mitgliedsstaaten auf, ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nachzukommen und unabhängige, wirksame und transparente Untersuchungen durchzuführen.

Amnesty International hat jahrelang Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung dokumentiert, die EU-Parlamentarier darüber informiert und die Verantwortung der EU eingefordert.



KHUN KAWIRO IST FREI – DANKE AN ALLE!

„Ich danke Euch allen sehr und ich werde mich auch weiterhin für Demokratie und Menschenrechte in Burma und der Kajan-Region einsetzen. Ich hoffe, Sie eines Tages alle persönlich kennen zu lernen, und ich möchte Ihnen einstweilen meine besten Wünsche schicken.“

Khun Kawiro, politischer Gefangener aus Myanmar, wurde am dritten Juli freigelassen.

Auch wenn wir die kürzlichen Freilassungen begrüßen, so befinden sich noch weitere hunderte Gefangene in Myanmar hinter Gittern.

MAMA ILLEGAL UNTER UNS UND DOCH UNSICHTBAR

Sie sind stille Helfer, fast niemand kennt sie. Abends, wenn ihre ArbeitgeberInnen nach Hause kommen, sind sie meist schon weg. Den Lohn für ihr Tun finden sie bereit gelegt, im Kuvert oder auf einem Teller im Vorzimmer. So leben sie unter uns und werden doch nicht gesehen. Der preisgekrönte Film „Mama Illegal“ leiht drei dieser anonymen privaten Haushaltshilfen eine Stimme und gibt so den Thema der „Illegalen Einwanderung“ ein Gesicht.

Von Sibylle Hamann

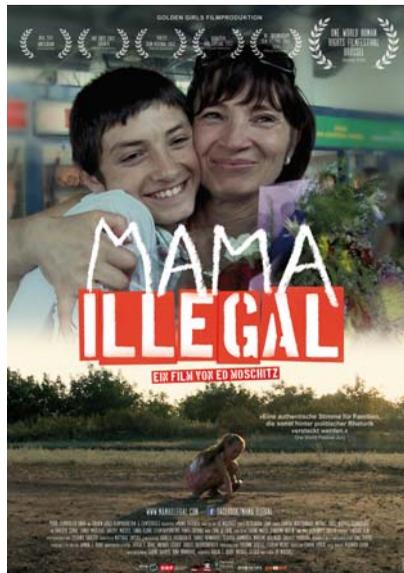
Aurica hat einem Schlepper vier-tausend Euro bezahlt und sich nachts durch den Wald über die Grenze geschlichen. Nataša stellte in Österreich einen Asylantrag, und wartet täglich bang, wann der Ablehnungs- und Ausweisungsbescheid kommt. Raia hofft, dass die Regierung irgendwann eine Amnestie für illegale Einwanderer ausspricht. Dann bekäme sie vielleicht Papiere. Vielleicht. Die drei Frauen aus diesem Film haben unterschiedliche Lebensgeschichten. Keine von ihnen hat kriminelle Energie. Dennoch werden sie von unseren Gesetzen zu Kriminellen gemacht. Während sie bei uns arbeiten, müssen sie, auf Schritt und Tritt, Angst haben: Vor der Polizei, vor einem Unfall, einer Krankheit. Ihre Illegalität macht sie verwundbar, ausbeutbar und erpressbar.

GEFÄHRLICHE SCHENGEN-GRENZE. Der Regisseur Ed Moschitz, bekannt für seine Beiträge in der Reportage-Reihe „Am Schauplatz“, zeigt uns die Schengen-Grenze aus einer neuen Perspektive. Sie hält Aurica, Raia und Nataša über Jahre von ihren Kindern fern. Sie hindert sie daran, ab und zu nach Hause zu reisen – am ersten Schultag, am Geburtstag, wenn die Oma krank wird oder der Ehemann Hilfe braucht. Jeder Grenzübergang ist gefährlich, teuer, und birgt das Risiko, dass man geschnappt wird.

Aurica, Nataša und Raia sind Menschen, die in Westeuropa dringend gebraucht werden. Sie kümmern sich um unsere Wohnungen, die Kinder, Kranken und Alten. Ohne ihre Arbeit würde das soziale Gefüge über Nacht zusammenbrechen. Dennoch denkt sich die europäische Bürokratie Schikanen aus, um ihnen das Leben schwer zu machen.

Warum eigentlich? Wem ist damit gedient? Uns etwa?

„Mama Illegal“ stellt diese Frage in er-



Der Regisseur Ed Moschitz



schreckender Klarheit, und Europa wird sich nicht mehr lang vor Antworten drücken können. In der Betreuung und Pflege wächst der Bedarf an Arbeitskräften stetig. In Moldawien und anderen Ländern gibt es Menschen, die diese Lücken gerne füllen. Doch unser Arbeits- und Ausländerrecht hindert sie daran.

ES GINGE AUCH ANDERS. Private Dienstleistungen müssen nicht im rechtsfreien Raum stattfinden. Unbürokratische Arbeitsverträge könnten ein paar Mindeststandards festlegen, mit Stundenlöhnen, einem Versicherungsschutz im Krankheitsfall, und öffentlichen Schlichtungsstellen. Voraussetzung dafür ist ein legaler Aufenthaltstitel und eine Arbeitsgenehmigung. Dazu braucht es mehr Mut, mehr Kreativität, mehr Europa. Mit dem Ziel, ein europäisches Sozialsystem zu schaffen, in dem Ansprüche aus verschiedensten Arbeitsverhältnissen an verschiedensten Orten zusammenfließen können. Damit Putzen, Pflegen und andere private Dienstleistungen aus der Schattenwelt der Schwarzarbeit herausgeholt werden und jene Anerkennung erfahren, die sie verdienen.

PIONIERE DER MODERNEN ARBEITSWELT. So gesehen, sind Aurica, Nataša und Raia die Vorhut der modernen Arbeitswelt – und Pionierinnen eines größeren, gemeinsamen Europa. Wir sollten nicht von ihnen verlangen, sich bei Nacht und Nebel über Grenzen zu schleichen, sondern ihnen das Leben ein kleines bisschen leichter machen. So wie sie das, mit ihrer Arbeit, ebenfalls tun.

Mama Illegal läuft ab 28.9. IM KINO
www.mamaillegal.com

Sibylle Hamann ist Journalistin und Chefredakteurin von „Liga. Zeitschrift für Menschenrechte“.

Sechs Jahre ist es her, seit der Gambier Bakary J. bei einem Abschiebungsversuch in einer Lagerhalle von drei WEGA-Beamten gefoltert wurde. Seit dem hat sich einiges getan, wenn auch schleppend: drei Beamte wurden im Frühjahr diesen Jahres vom Dienst entlassen, der vierte Beteiligte akzeptierte eine Geldstrafe und versieht weiterhin seinen Polizeidienst; das Innenministerium hat sich öffentlich bei Bakary J. entschuldigt, das im Jahr 2005 verhängte Aufenthaltsverbot wurde aufgehoben und eine Entschädigung in Aussicht gestellt. Erste Schritte in die richtige Richtung, doch es bleibt noch viel zu tun.

ÖSTERREICH MUSS NOCH VIEL TUN. Im Jahr 2008 hat sich die Regierung unter anderem zum Ziel genommen, den „strafrechtlichen Schutz vor Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wirksamer zu gestalten“ und die Empfehlungen des UN-Anti-Rassismus-Ausschuss (CERD) umzusetzen. Von der Realisierung dieser Vorhaben ist Österreich jedoch noch weit entfernt, wie die Staatenüberprüfung Mitte August 2012 in Genf gezeigt hat. CERD stellte zwar fest, dass Österreich seit der letzten Überprüfung 2008 einige Verbesserungsmaßnahmen getroffen und teilweise frühere Empfehlungen von CERD berücksichtigt habe, jedoch eine Reihe der CERD-Forderungen nach wie vor nicht umgesetzt hat.

DATEN UND AKTIONSPLAN FEHLEN. So wurde beispielsweise das kontinuierliche Fehlen eines umfassenden Datensammlungssystems scharf kritisiert und die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gefordert. Die Maßnahmen des bestehenden Nationalen Aktionsplans für Integration, auf welche sich die österreichische Delegation berief, betrachtete der Berichterstatter Dilip Lahiri als zu schwach und ineffektiv, um rassistische Diskriminierung zu bekämpfen. Auch mit den Anzeichen von strukturellen Rassismus in einigen staatlichen Einrichtungen und Justizbehörden müsse sich Österreich befassen.

AMNESTY-EMPFEHLUNGEN NOCH AKTUELL. Viele dieser Forderungen hat Amnesty International bereits 2009 in ihrem Bericht „Opfer oder Verdächtige: eine Frage

RASSISMUS: ÖSTERREICH IM FOKUS

Von Nadja Lehner



AP Photo/Ronald Zak

„Ich habe jede Nacht Alpträume (...), in denen ich mich unsicher und hilflos fühle, in denen man mich brutal foltert, mit dem Polizeibus anfährt und mit tödlichen Schmerzen im Stich lässt. In manchen Nächten kann ich gar nicht schlafen, weil ich ständig daran denken muss, was passiert ist. Manchmal sitze ich alleine da und erinnere mich daran, was ich durchgemacht habe, und immer noch keine Gerechtigkeit (...) Mein früheres Leben wurde mir vollständig genommen.“

Bakary J.

der Hautfarbe“ dokumentiert und zahlreiche Empfehlungen dazu ausgearbeitet. In ihrem Schattenbericht zur CERD-Überprüfung Österreichs hat die Organisation viele dieser Empfehlungen wiederholt, denn bis heute sind die meisten Anliegen nach wie vor aktuell.

Nadja Lehner ist Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin von AI Österreich.



AP Polizeifoto

Früheres Opfer: Markus Omofuma



privat

Früheres Opfer: Cheibane Wague

FACT BOX

Der UN-Ausschuss für die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) überprüft die Umsetzung des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung durch die Vertragsstaaten. Das Übereinkommen verpflichtet die Vertragsstaaten, rassistische Diskriminierung zu beseitigen. Österreich ratifizierte diese sogenannte „Anti-Rassismus Konvention“ im Jahr 1972.



ICH WERDE MEINER VERGANGENHEIT NIE ENTKOMMEN

Shin Dong-Hyuk ist 29 Jahre alt. Geboren wurde er im Gefangenenlager 14 in Nordkorea. 2005 kroch er durch einen Stacheldraht und schaffte es nach Südkorea. Er ist der Einzige, dem bekanntermaßen die Flucht gelungen ist. Amnesty International sprach mit ihm in London, wo er „Escape from Camp 14“, die außergewöhnliche Geschichte seines Lebens, promotete.

Wie war das Leben im Gefangenenlager?

Ich lebte in einem kleinen, schmutzigen Zimmer mit meiner Mutter. Einem Ort, wo das Leben an sich kriminell ist. Ich war das Kind von Verbrecher-Eltern, also musste ich das Leben eines Verbrechers führen. Die Wände waren verschimmelt, das Dach undicht. Im Winter war das Zimmer bitterkalt. Ich bin jeden Morgen aufgewacht und machte mir Gedanken, ob ich das vorgeschriebene Arbeitspensum an diesem Tag schaffen würde. Gelang mir das nicht, dann gab's nichts zu essen. Ich aß, was mir die Gefängniswärter vorsetzten, und ich tat, was sie anordneten. Schreiben und einfache Grundrechnungsarten war alles, was wir in der Schule lernten. Ansonsten harte Arbeit

auf dem Feld ab einem Alter von sechs Jahren. Wir lernten nichts über Nordkorea, das politische System und die Welt da draußen. Die Menschen im Gefangenenlager galten als Untermenschen – Tiere, die es nicht wert sind, dass man ihnen irgendwas beibringt.

Was waren Ihre schlimmsten Erfahrungen im Lager?

Der Hunger, in Verbindung mit harter Arbeit und regelmäßigen Schlägen, das war das Härteste. Gefangenenwärter zeigten keine Nachsicht gegenüber Kindern, Frauen oder älteren Menschen. Wenn man einen Fehler machte, wurde man sofort geschlagen. Mehrere Menschen wurden zu Tode geprügelt.

Eines Tages, in der Schule, durchsuchte uns ein Lehrer und fand bei einem Mädchen fünf Körner Mais. Er glaubte, sie hätte den Mais gestohlen und begann, sie vor unseren Augen schwer zu schlagen. Das Mädchen wurde ohnmächtig, und wir trugen sie heim zu ihrer Mutter. Am nächsten Tag war sie tot. (Sie war sechs Jahre alt.) Solche Dinge passierten häufig.

Später, als ich in einer Textilfabrik arbeitete, ließ ich versehentlich eine Nähmaschine auf den Boden fallen. Sie war irreparabel kaputt. Einer der Aufseher wurde sehr wütend und hat mir als Strafe ein Glied meines Mittelfingers abgeschnitten. In diesem Moment war ich einfach froh, dass er mich nicht getötet hatte.



Satellitenbilder vom Internierungslager Yodok

Wie war Ihre Beziehung zu Ihren Eltern?
Das war keine liebevolle Beziehung. Die Idee einer Familie kannte ich nicht. Wir waren alle Verbrecher. Ich lerne immer noch, was es heißt, eine Familie zu haben.

Wie haben Sie sich die Welt außerhalb des Lagers vorgestellt?

Ich dachte, dass das, was wir im Lager lernten, was ich sah und hörte, alles wäre, was die Welt zu bieten hat. Die Welt, die ich bis dahin kannte, war eine, in der es nur Verbrecher und Gefängniswärter gab. Ich hörte von der Welt da draußen nur über einen anderen Häftling, Park. Ich konnte mir das nicht richtig vorstellen, aber ich habe damit begonnen, mir auszumalen, wie es sein könnte. – Auch wenn ich nicht glaubte, was er mir erzählte, hab ich beschlossen, den Versuch zu wagen, gemeinsam zu fliehen. Unglücklicherweise hat er es nicht geschafft.

Sie wurden selbst gefoltert – was ist passiert?

Solange ich im Lager lebte, habe ich das gar nicht als Folter gesehen. Ich dachte, ich hätte es verdient, gefoltert zu werden, weil ich Fehler gemacht habe. Als meine Mutter und mein Bruder hingerichtet wurden, weil sie einen Fluchtversuch gewagt hatten, sollten mein Vater und ich auch hingerichtet werden. Wie durch ein Wunder kam es nicht dazu. Als ich kopfüber über einem Kohlenfeu-

er hing, wegen meiner Mutter und meinem Bruder, da dachte ich, es wäre rechtens, dass ich da durch müsse. Ich war nicht wütend auf die Menschen, die mich folterten, aber ich beschuldigte meine Mutter und meinen Bruder für ihr Fehlverhalten.

Wie hat sich seitdem Ihre Perspektive verändert?

Seit meiner Flucht bin ich um die ganze Welt gereist und habe viele unbekannte Gefühle verspürt. Aber ich bin immer noch verwirrt. In dem Gefangenenlager dachte ich, es sei völlig normal, all diese schmerzhaften Erfahrungen zu erleben. Aber jetzt, wo ich draußen bin und in Südkorea und den USA gelebt habe, da fühlen sich diese Erlebnisse viel schmerzhafter an. Seit der Veröffentlichung meines Buches stehe ich viel mehr unter Druck als im Gefangenenlager. Ich glaube nicht, dass ich meiner Vergangenheit je entkommen werde, weil sie in dem Buch noch einmal erzählt wird.

Was kann die Welt tun, um Nordkoreaner Gefangenenlager zu schließen?

In dem Buch enthüllte ich ein beschämendes Geheimnis, das ich über all die Jahre geheim gehalten hatte: Die Tatsache, dass meine Mutter und mein Bruder öffentlich hingerichtet wurden, weil ich sie verraten hatte. Ich frage mich, ob die Leute, wenn sie das Buch lesen, meine Geheimnisse kennenlernen und sie schnell wieder vergessen werden – oder ob sie Aktionen setzen werden, um diese brutale Verletzung der Menschenrechte zu bekämpfen? Ich hoffe, dass die internationale Gemeinschaft daran arbeitet, weitere Tötungen in Nordkorea zu verhindern. Das, was dort geschieht, ins Bewusstsein zu bringen ist der Schlüssel, und ich hoffe, dass dieses Buch das erreicht. Menschen in Nordkorea können nichts tun. Wenn ein Wandel geschehen soll, dann wird es durch NGOs wie Amnesty International passieren, durch Druck auf das Regime in Nordkorea. Es ist also wichtig, dass die Menschenorganisationen wie Amnesty International unterstützen.

Ihre Geschichte immer wieder zu erzählen ist sehr schwierig - warum tun Sie es trotzdem?

Es ist eine große Herausforderung, Erin-



Blaine Harden

Flucht aus Lager 14

Die Geschichte des Shin Dong-Hyuk, der im nordkoreanischen Gulag geboren wurde und entkam
DVA Sachbuch, 256 Seiten
ISBN: 978-3-421-04570-6
Originaltitel: Escape from Camp 14.
One Man's Remarkable Odyssey from North Korea to Freedom in the West

nerungen zu wecken, die ich lieber vergessen würde. Aber wenn ich an die Babys denke, die im Gefangenenlager geboren werden, dazu bestimmt, bis zum Tag an dem sie sterben, als SklavInnen zu leben, dann fühle ich, dass das das Wenigste ist, was ich tun kann, um diesem brutalen System ein Ende zu setzen.

Was treibt Sie jetzt an?

Materiell geht es mir jetzt unverhältnismäßig besser. In dieser Hinsicht führe ich ein zufriedenes Leben. Aber geistig bin ich sehr verstört. Ich lebe zwischen Washington DC und Seoul, aber ich glaube nicht, dass es einen Ort auf der Welt gibt, den ich Zuhause nennen kann.

Im Rahmen des letztjährigen Amnesty-Briefmarathons haben sich allein in Österreich etwa 5.600 Menschen für die Schließung von Yodok und aller weiteren politischen Gefangenenlager in Nordkorea eingesetzt.

„WIR WURDEN AN DEN STADTRAND



Joshua Gross

In der Coastei-Straße im Zentrum der Stadt Cluj-Napoca lebten 356 Menschen. Die meisten von ihnen waren Roma. Manche hatten ihre Wohnungen von der Gemeinde gemietet, andere bewohnten Häuser, die ohne formelle Genehmigung errichtet worden waren. Manche dieser Menschen hatten bis zu 20 Jahre in der Umgebung gewohnt und waren gut in das Stadtleben integriert. Die Coastei-Straße war günstig gelegen. Vor allem junge Mütter konnten Vollzeit- oder Teilzeittätigkeiten in der Stadt nachgehen und in 10 Minuten zu Fuß ins Zentrum gelangen. Schulen und ein Kindergarten waren ebenfalls zu Fuß erreichbar. Die Kinder konnten an außerschulischen Aktivitäten teilnehmen und die nahe gelegene Bibliothek benutzen. Die Häuser verfügten über einen Internetanschluss und die Menschen fühlten sich dort sicher. Am 17. Dezember 2010 um 7.00 Uhr früh erschienen die Polizei, die Ambulanz und die Feuerwehr und die Menschen wurden informiert, dass sie ihre Wohnungen bis zum Abend zu räumen hätten. Es gab keine entsprechende Ankündigung und keine Gespräche. Den Menschen wurden

keine Rechtsmittel und keine alternativen Wohnmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Die einzige Ankündigung von offizieller Seite war eine schriftliche Mitteilung von der Gemeinde, die sie knapp zwei Tage zuvor erhielten.

Elena, eine der betroffenen Frauen, erinnert sich an die eisigen Temperaturen von -20°C . Ihre Nachbarin Crima berichtet: „Wir steckten alle mitten in den Vorbereitungen auf unsere Winterferien, und dann wurden wir einfach [an den Stadtrand] gebracht, wie Gegenstände.“ Die Menschen wurden mitsamt ihren Habseligkeiten in einem LKW zu neuen Wohneinheiten im Gebiet von Pata Rât in der Peripherie von Cluj transportiert. „Man gab uns keine Erklärungen. Niemand sagte uns, wohin wir gebracht werden würden. Wir bekamen die Schlüssel für unsere neuen Wohnungen erst, nachdem wir die Verträge unterschrieben hatten“, erzählt Dana.

KALTES WASSER, KEIN STROM. Dana lebt nun mit ihrem Mann und den beiden Kindern in einem einzigen Raum, der mit den Möbeln aus der früheren Wohnung vollgefüllt ist. Die neuen Wohnein-

heiten befinden sich auf einem Hügel in der Nähe einer Mülldeponie und einer Chemieverwertungsanlage. An warmen Tagen ist die Luft vom Geruch von Chemikalien durchtränkt. Jene Familien, denen die Wohnungen zugewiesen wurden, erhielten je einen Raum in der Größe von bis zu 18m². Vier Familien teilen sich ein Badezimmer, in dem nur kaltes Wasser fließt. Am Fuß des Hügels erstreckt sich die größte Romasiedlung, die aus ca. 1.500 Menschen besteht. Zur definitiven Abgrenzung zu dieser Siedlung bezeichnet die Lokalbevölkerung die neuen Wohneinheiten als „Neu Pata Rât“.

Ca. 30 der insgesamt 76 gewaltsam vertriebenen Familien wurde überhaupt keine alternative Wohnmöglichkeit angeboten. Manche zogen bei in Pata Rât lebenden Verwandten ein. In einer der von Amnesty International besuchten Wohnungen teilten sich mehr als 10 Menschen einen Raum. Andere errichteten provisorische Unterkünfte neben den neuen Gebäuden. Wieder andere zogen bei in der Stadt lebenden Verwandten oder FreundInnen ein. Die provisorischen Unterkünfte verfügen über keinen

GEBRACHT WIE GEGENSTÄNDE.“



Joshua Gross

Strom- und Wasseranschluss und keine sanitären Anlagen. Mangels einer behördlichen Bewilligung für diese Unterkünfte befürchteten die BewohnerInnen, dass sie jederzeit wieder vertrieben werden könnten.

VertreterInnen der Lokalbehörden räumten zwar ein, dass die Wohnbedingungen in Neu Pata Rât die vom innerstaatlichen Recht vorgeschriebenen Kriterien nicht erfüllen, versuchten diese jedoch mit dem Argument, dass diese „vorläufig“ sei, zu rechtfertigen. Außerdem ist die Bezeichnung „vorläufig“ aufgrund der Tatsache, dass die EinwohnerInnen von Neu Pata Rât im Mai 2012, 17 Monate später, immer noch dort leben, irreführend.

FEHLENDE INFRASTRUKTUR. Durch die gewaltsame Umsiedelung hat sich der gewohnte Tagesablauf der Menschen grundlegend geändert. Elena muss jetzt jeden Morgen um 5.00 Uhr aufstehen, damit sie mit ihren Kindern rechtzeitig in die Schule kommt. Der Bus fährt um 7.15 und sie teilt das Bad mit 40 anderen Menschen. Bis die Schule aus ist, bleibt Elena im Stadtzentrum und geht dort auf

Arbeitssuche oder hilft ihrer Freundin beim Blumenverkauf. Sie ist immer noch optimistisch, Arbeit zu finden, doch nach der Zwangsräumung wird dies zunehmend schwierig. Das 9 km vom Stadtzentrum entfernt gelegene Pata Rât ist keine Wohngegend. Transportmittel verkehren sporadisch und sind teuer. Die EinwohnerInnen von Neu Pata Rât bezeichneten das Fehlen erschwinglicher öffentlicher Verkehrsmittel als eines ihrer Hauptprobleme. Außerdem ist der Zugang zur Schule, zur Vorschulziehung und zu medizinischer Versorgung erschwert. Die Entfernung zur nächsten Bushaltestelle beträgt 2,5 km, zur nächsten Schule 9 km und zum nächsten Einkaufszentrum 10 km.

Der Alltag der in Neu Pata Rât lebenden Menschen ist nicht nur infolge des Traumas der Zwangsvertreibung, sondern auch im Zusammenhang mit ihren unzulänglichen Unterkünften schwer beeinträchtigt. Die BewohnerInnen von Neu Pata Rât müssen eine tatsächliche Entschädigung des Verlustes ihrer alten Wohnungen erhalten. Unter anderem muss ihnen eine alternative Unterbringung und ein angemessener Schadener-

satz zur Verfügung gestellt werden. Die Zwangsräumung der Coastei-Straße ist nur einer jener Fälle, die von Amnesty International in den vergangenen Jahren dokumentiert wurden. Er sollte ein Alarmsignal für die rumänische Regierung sein und sie zur Anerkennung ihrer Verantwortung aufrufen. Es bedarf unter anderem einer Stärkung der Gesetzgebung, der Politik und der Verfahren im Zusammenhang mit dem Wohnungswesen, einer Umsetzung der nach internationalem Recht erforderlichen nötigen Schutzmaßnahmen, um ähnliche Fälle in Zukunft zu verhindern.

Fordern sie gemeinsam mit uns den Bürgermeister von Cluj-Napoca auf, seine Verantwortung wahrzunehmen und für eine Verbesserung der Lebenssituation der betroffenen Familien zu sorgen.

Machen Sie mit bei unserer Kampagne! Stoppt Zwangsräumungen in Rumänien. Jetzt.
www.amnesty.at/zwangsräumungen

KEIN ORT ZUM LEBEN

Catrinel Motoc ist Campaignerin von Amnesty International und derzeit auf Recherchereise in Rumänien und hat einen persönlichen Eindruck von der Situation in Cluj-Napoca gewonnen. Elisabeth Lentsch hat sie interviewt.



Joshua Gross

Sie kommen gerade aus Rumänien. Wie sieht die Situation vor Ort aus?

Dieser Fall geht mir persönlich sehr nahe. Wer auch immer die betroffenen Familien besucht, wird traumatisierte Menschen sehen, die eine Zwangsräumung miterlebt haben. Man sieht die Häuser, die von Weitem gar nicht so schlecht ausschauen, weil sie neu gebaut wurden. Es herrscht der Gestank der Müllhalde, und die Chemieverwertungsanlage nebenan stößt regelmäßig schlechte Luft und Geruch aus. In Rumänien ist es vor allem im Sommer sehr heiß, und der Gestank und auch der durch den Wind verbreitete Müll breiten sich dort aus, wo eigentlich Kinder spielen. Im Grunde wurden diese Menschen von einem Tag auf den anderen in ein neues Leben verfrachtet und damit allein gelassen.

Die meisten der vertriebenen Familien leben mittlerweile in New Pata Rât. Wie gestaltet sich ihr Alltag?

Die Menschen haben Schwierigkeiten

unter den neuen Umständen ihren Alltag zu bestreiten. Wann immer wir mit den Familien sprechen, sagen sie uns, dass sie versuchen ein normales Leben zu führen. Kinder gehen zur Schule, Erwachsene zur Arbeit und sie kümmern sich um den Haushalt. Allerdings ist alles viel schwieriger aufgrund der erschwerten Situation und Bedingungen unter denen sie leben. Elena, eine junge Frau, erzählte mir, dass sie um 5 Uhr früh aufzustehen muss, um morgens ihre Kinder für die Schule fertig zu machen. Nicht, weil sie so viele Kinder hat oder weil sie besonders langsam ist, sondern weil sie ein Badezimmer mit 3 weiteren Familien, also mit insgesamt 40 weiteren Menschen teilen muss.

Wie geht es Ihnen persönlich, wenn Sie bei den Roma von Cluj-Napoca sind?

Als ich sie zum ersten Mal besuchte, war es für mich persönlich erschütternd. Es handelt sich um mein Heimatland – ich bin selbst Rumänin – das solche Menschenrechtsverletzungen gegenüber den

eigenen BürgerInnen begeht. Das war und ist ganz besonders schockierend für mich. Ich bewundere die Betroffenen, weil sie immer ihre Würde bewahren und ihren Kampf um Gerechtigkeit weiterverfolgen.

Was tun die Betroffenen selbst, um ihre Situation zu verändern? Woraus schöpfen sie Kraft?

Ich glaube, die Motivation und Energie für ihren Einsatz bekommen sie, weil sie Unrecht erfahren haben, und der Wunsch nach Veränderung treibt sie an. Als einen sehr wichtigen Punkt in ihrem Leben sehen sie es, die Zukunft ihrer Kinder zu verbessern. Ihr Engagement erstreckt sich auch auf lokale Ebene, wenn sie zum Beispiel bei Treffen mit lokalen Behörden mit dabei sind. Aber sie nutzen auch jede Möglichkeit auf internationaler Ebene, um aktiv zu werden. Auch die Tatsache, dass sie nicht völlig alleingelassen werden, sie durch NGOs und MenschenrechtsaktivistInnen unterstützt werden, gibt ihnen den nötigen Antrieb zum Weiterkämpfen.



Wir von Amnesty setzen uns insbesondere für die Rechte dieser zwangsvertriebenen Menschen ein. Was können wir bewegen?

Es ist eine Tatsache, dass niemand die Verantwortung für begangene Menschenrechtsverletzungen übernehmen will. Daher glaube ich, dass wir, als Amnesty International und auch die Zivilgesellschaft, Abhilfe für diese Verletzung, aber auch ein Versprechen, dass so etwas nie wieder passiert, fordern müssen. Im konkreten Fall der Familien von Cluj-Napoca wissen wir, was sie wollen. Zum Beispiel Zugang zu öffentlichem Transport, zu medizinischer Versorgung und auf lange Sicht, dass die Gemeinde sie durch Konsultationen zu einem langfristigen Wohnungsplan einbezieht. Das entspricht den Menschenrechten. Und ich bin der Meinung, dass unsere Rolle dabei ist, ihre Anliegen zu unterstützen und so viel Druck wie möglich auf die Behörden zu machen, dass diese die Menschenrechte einhalten.



Ich kämpfe für meine Rechte

Claudia Linda Greta wurde bei der rechtswidrigen Zwangsräumung in der Coastei-Straße aus ihrem Haus vertrieben. Sie ist 29 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Sie erzählt:

Es waren viele Polizisten und Gendarmen, Journalisten und Mitarbeiter der Lokalverwaltung da, an jenem Morgen, als sie kamen, um unsere Häuser niederzureißen. Ich kann mich daran erinnern, dass es kalt war – eiskalt. Niemand schlief. Und alle Lichter in den Häusern waren an. Die Polizei begann an alle Türen zu klopfen und die Leute kamen aus ihren Häusern. Alle versammelten sich auf der Straße. Eine Dame von der Lokalverwaltung – ich kann mich an ihren Namen nicht erinnern – schrie uns zu, dass jene, die ihre Häuser nicht verlassen wollten, auf die Straße gesetzt werden würden. Sie sagte immer wieder das gleiche: „Wir werden euch auf die Straße setzen.“

Die meisten meiner Sachen zerbrachen. Sie wurden auf dem Weg nach draußen ruiniert. Wir hatten ein paar Goldfische, die mein Mann und meine Kinder sehr liebten. Wir taten sie in eine Glasschüssel und brachten sie in unser Auto. Aber ein Fisch starb, weil es so kalt war. Mir bedeuteten die Fische nicht so viel, aber mein Mann und meine Kinder weinten.



Als ich das neue Haus das erste Mal sah, war es für mich die Hölle auf Erden. Es konnte fast gar nicht mehr schlimmer werden. Und hier leben wir jetzt. Neun Personen in einem 16m² großen Raum. Jeden Morgen, wenn ich aufwache, schaue ich durchs Fenster – und was sehe ich? Eine Müllhalde. Ein dicker, stinkender Rauch durchzieht die Umgebung. Das ist die Luft, die wir atmen.

Ich ging zu einer Demonstration, um gegen Zwangsräumungen zu demonstrieren und dagegen, dass wir aus unseren Häusern vertrieben wurden. Ich bin Roma, aber ich bin auch eine rumänische Bürgerin und ich habe meine Rechte.

AMNESTY-TAGUNG IN RETZHOF

FOKUS VIELFALT

Inklusion als Menschenrecht

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

Art. 1, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte



Niemand soll diskriminiert werden. Das ist einleuchtend. Doch der Teufel steckt im Detail. Um Diskriminierung, ob aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, sexueller Orientierung, Behinderungen, Herkunft, Hautfarbe oder Alter zu verhindern, müssen besondere Rechte eingeführt und Maßnahmen gesetzt werden. Die Tagung ermöglicht den TeilnehmerInnen, sich dem Themenfeld der Gleichstellung und Gleichbehandlung zu nähern, und gibt Einblicke in internationale Entwicklungen.

Die diesjährige Amnesty-Tagung beschäftigt sich mit verschiedenen Querschnittsthemen zu Gender, Diversität und Menschenrechten und möchte konkrete Schritte setzen, um Gender Mainstreaming und Diversity Management auf allen Ebenen bei Amnesty International zu verankern. Aus diesem Grund laden wir alle TeilnehmerInnen und Amnesty-AktivistInnen dazu ein, die Tagung zu nützen, um einen individuellen Zugang zu diesem Themenfeld zu entwickeln und in Folge in die eigene Amnesty-Arbeit einfließen zu lassen.

Die diesjährige Amnesty-Tagung beschäftigt sich mit verschiedenen Querschnittsthemen zu Gender, Diversität und Menschenrechten und möchte konkrete Schritte setzen, um Gender Mainstreaming und Diversity Management auf allen Ebenen bei Amnesty International zu verankern. Aus diesem Grund laden wir alle TeilnehmerInnen und Amnesty-AktivistInnen dazu ein, die Tagung zu nützen, um einen individuellen Zugang zu diesem Themenfeld zu entwickeln und in Folge in die eigene Amnesty-Arbeit einfließen zu lassen.

Abseits des Programms gibt es in gemütlicher Atmosphäre auch genügend Zeit zum Kennenlernen und Austausch mit Gleichgesinnten.

Das detaillierte Tagungsprogramm finden Sie unter www.amnesty.at

Termin: 9. – 11. November 2012

Ort: Bildungshaus Schloss Retzhof
Dorfstraße 17, 8430 Leitring/Leibnitz

Anmeldung:

Online: www.amnesty.at

E-Mail: retzhof@amnesty.at

Telefonisch: +43 1 78008

Per Fax: +43 1 78008-44

Anmeldeschluss: 28. Oktober 2012

Teilnahmebeitrag: Die Kosten für die Tagung werden von Amnesty International getragen (exklusive Anreise, Übernachtung und Verpflegung)

AMNESTY ACADEMY

Das Angebot der Amnesty Academy zur Weiterbildung in den Bereichen Menschenrechte und Aktivismus ist vielfältig und zielt auf verschiedene Schwerpunkte ab. Unsere Workshops nehmen Sie mit auf eine Reise durch Menschenrechtseinrichtungen, in spezielle Menschenrechtsinhalte und über die Brücke von der Theorie zur Praxis.

Folgende Bildungsveranstaltungen möchten wir Ihnen in den kommenden Wochen ans Herz legen:



GERECHTIGKEIT EINFORDERN!

Was geschieht mit TäterInnen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen?

Trainerinnen: Lisa Stadlmayr & Madalena Pampalk

Termin: Samstag, 6. Oktober 2012, 10:00 – 17:00

Ort: Volkshochschule Hernalts, Röttergasse 15, 1170 Wien



„DARF MAN DENN GAR NICHTS MEHR SAGEN?!“

Macht Political Correctness Sinn?

Trainerin: Christa Markom

Termin: Samstag, 13. Oktober 2012, 10:00 – 17:00

Ort: Volkshochschule Hernalts, Röttergasse 15, 1170 Wien



KEINE TITELSTORY

Wie wichtig nehmen Österreichs Medien die Menschenrechte?

Trainerin: Irene Brickner

Termin: Donnerstag, 18. Oktober 2012, 17:00 – 20:00

Ort: DER STANDARD, Herrengasse 19, 1010 Wien



„WAS WILLST DU MIR ERZÄHLEN?“

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Trainerin: Marion Wisinger

Termin: Samstag, 10. November 2012, 10:00 – 17:00

Ort: Wiener Hilfswerk, Schottenfeldgasse 29, 1070 Wien

ANMELDUNG UND BERATUNG

Amnesty Academy

Moeringgasse 10, 1150 Wien

Tel: +43 1 78008

E-Mail: academy@amnesty.at

Website: www.amnesty-academy.at

AMNESTY
INTERNATIONAL



ACADEMY

Kein Platz für Rassismus.

26.06.2012, vormittags
Unterführung U6 Station Philadelphiabrücke
Frau, aus Tschetschenien

Frau X wird auf dem Weg zum Aufzug hart am Hinterkopf getroffen. Ein Unbekannter hatte ihr – ohne jeglichen Anlass - hinterhältig im Vorbeigehen einen Schlag verpasst.

Geben Sie Alltagsrassismus keine Chance und unterstützen Sie uns im Kampf gegen Rassismus! Spenden Sie jetzt!

Uni Credit Bank Austria, Kto. 05211362800, BLZ 12000

www.zara.or.at



Alle Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

WIR WOLLEN AUCH SCHWIERIGES UNTERSTÜTZEN

Gute Menschenrechtsarbeit braucht auch gute Infrastruktur. Infrastruktur zu finanzieren, ist aber für SpenderInnen nicht sehr attraktiv, denn diese erwarten in der Regel, dass ihr Geld direkt an Betroffene weitergegeben wird. – Zu unserem Glück gibt es eine kleine feine Privatstiftung in Österreich, die gerade diese Lücke erkannt hat und Infrastruktur für Menschenrechtsorganisationen fördert.
Christine Newald in Gespräch mit Ingrid und Christian Reder.



Wie kamen Sie dazu, den Büroumbau von Amnesty International zu finanzieren?

IR: Sozialarbeit, Forschung, Menschenrechte, das haben wir schon länger gefördert. Zuerst mit viel Zeit und jetzt, mit mehr Möglichkeiten, auch durch entsprechende Budgets.

CHR: Die von uns gegründete Stiftung ist der Rahmen für soziales und kulturelles Engagement, das bewusst ohne Charity-Events auskommt. Wir sehen uns als engagierte kritische Bürger, die lieber unauffällig im Hintergrund agieren, wenn staatliche Defizite erkennbar werden und mit überschaubaren Mitteln etwas bewirkt werden kann.

IR: Für „Ärzte ohne Grenzen“ und analoge Initiativen spenden wir ständig. Größere Vorhaben brauchen den persönlichen Kontakt. Für den Aufbau des Falter-Verlages haben wir Geld aufgestellt. Unser Hintergrund: Mein Vater war Gründer der Firma „Zumtobel-Leuchten“, an der ich schließlich Anteile geerbt habe.

CHR: Einen Büroumbau haben wir schon Zara, dem Verein für Zivilcourage

und Anti-Rassismus-Arbeit ermöglicht. Ihm angebotene neue Räume waren in sehr schlechtem Zustand; es hieß „Zara steht vor dem Zusperrten“. Mit unserer Hilfe ging es weiter, weil es persönliche Kontakte gab. Es erschien uns logisch für Menschenrechtsorganisationen Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, um deren Arbeit wirksamer zu machen. Von uns beauftragt hat der Architekt Ulrich Beckefeld den Umbau geplant und war nun auch in den Umbau von Amnesty involviert. Er konnte den Auftrag schließlich aus Zeitgründen nicht übernehmen, aber die Verbindungen waren da, über Jahre hinweg.

Woher kommt Ihr politisches und soziales Engagement?

CHR: Ich war als gelernter Projektmanager und Projektberater nebenberuflich zuerst in Nicaragua engagiert, dann über viele Jahre in der Leitung der „Österreichischen Hilfskomitees für Afghanistan“, in dem auch Amnesty, die Caritas und die Volkshilfe vertreten waren. Angesichts hiesiger Problemver-

drängung hat es mich gefesselt, unter schwierigen Umständen etwas zustande zu bringen, international Geld zu beschaffen, Teams zu organisieren – also neben sich hierzulande ergebenden reformerischen Aufgaben Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und Flüchtlingshilfe zu betreuen. Wegen solcher Erfahrungen wurde ich schließlich als Professor an die Universität für angewandte Kunst in Wien berufen, um künstlerisches Projektarbeiten zu bestärken.

IR: Vieles davon habe ich miterlebt, durch ständige Kontakte mit Menschen aus Afghanistan und mit Initiativgruppen in Wien.

Und was sind Ihre nächsten Projekte?

CHR: Mit unserer „RD-Foundation Vienna – Research | Development | Human Rights“ möchten wir zu einem auf tatsächliche Gemeinnützigkeit konzentrierten Stiftungswesen beitragen. Es kann doch nicht sein, dass sich das Thema „Stiftungen“ in Steuersparkonstruktionen erschöpft und „Gemeinnützigkeit“ steuerlich höchst engherzig behandelt wird. Projekte ohne greifbaren kommerziellen Wert gelten der Finanz vielfach als „Liebhaberei“; grotesk. Statt Motivation gibt es viele unsinnige Barrieren. Wien ist eine der reichsten Städte der Welt. Allein Hamburg hat 1000 soziale und kulturelle Stiftungen. Um die Zivilgesellschaft nachhaltig zu stärken, wäre es doch naheliegend, Wien zum ausstrahlenden Standort für Menschenrechtsorganisationen zu machen.

IR: Unsere Prioritäten dafür ergeben sich wie von selbst: Amnesty International, Integrationshaus Wien, Rechtsberatung für MigrantInnen, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte ...

DIE SPENDE DER ZUKUNFT!

Was haben Theresia K., Erich E. und Shelagh F* gemeinsam?

Sie haben alle AI mit einer großzügigen (letzten) Spende in Form einer Erbschaft bedacht und bewirken damit viel Gutes. Sie haben in der Vergangenheit bereits an die Zukunft anderer gedacht.

Sie unterstützen damit weiterhin die Verwirklichung der Menschenrechte und setzen ein bewusstes Zeichen gegen das Vergessen ihrer Person.

Sie hinterlassen ihr Erbe, damit wir uns weiterhin in ihrem Namen aktiv und verstärkt für die Menschenrechte einsetzen.

AI Österreich nimmt daher gemeinsam mit 34 weiteren gemeinnützigen Organisationen an der Kampagne „Vergissmeinnicht.at“ teil. Wir möchten damit ein Bewusstsein dafür schaffen, dass mit ihrem Testament viel Gutes bewirkt werden kann und dass es für Alleinstehende die einzige Möglichkeit ist zu vermeiden, dass der gesamte Besitz an den Staat fällt.

Falls Sie mehr über zu diese Möglichkeit der Zukunftsspende wissen möchten, wenden Sie sich bitte an Mag. Christian March, Leiter des Fundraisings (christian.march@amnesty.at) oder Telefonnummer 01/78008-35) der seit über 25 Jahren ehren- und hauptamtlich für die Menschenrechte arbeitet.

*aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes sind die Nachnamen anonymisiert



„Bei vielen ÖsterreicherInnen schwingt noch immer – zumindest im Unterbewusstsein – diese Assoziation mit: Die Tante, die ihren Neffen enterbt, weil sie alles der Wohlfahrtsorganisation gibt. Von diesem Image wollen wir weg. Es geht um eine anerkannte, durchaus verbreitete Spendenform, bei der man im Testament auch einen gemeinnützigen Zweck berücksichtigt.“

Günther Lutschinger, *Präsident des Fundraising Verbandes Austria*



Sie können unmittelbar etwas bewegen – mit den angehängten Postkarten. Der massive internationale Druck von Menschen wie Ihnen zeigt Wirkung: Unschuldige werden freigelassen, bedrohte Menschen werden geschützt, zum Tode Verurteilte werden nicht hingerichtet. Ihre Unterschrift macht einen Unterschied!

Wenn Sie sich regelmäßig gegen drohende Menschenrechtsverletzungen einsetzen möchten, werden Sie doch Teil unseres Urgent-Action-Netzwerks! Informationen dazu und weitere Appelle finden Sie auf unserer Website unter www.amnesty.at/urgentaction.

STOPPT ZWANGS- RÄUMUNGEN IN RUMÄNIEN. JETZT.

Joshua Gross



Am 17. Dezember 2010 verloren etwa 350 Roma (76 Familien) ihre Wohnungen im Zentrum der Kreisstadt Cluj-Napoca durch eine rechtswidrige Zwangsräumung. 40 Familien wurden in engen, feuchten Einraum-Wohncontainern nahe der städtischen Müllhalde am Stadtrand im Viertel Pata Rât umgesiedelt, die anderen Familien blieben obdachlos. Die Behörden hatten die Betroffenen vorher nicht vollständig zu den Räumungsplänen konsultiert, und die Gemeinschaft hatte keine Möglichkeit, am Entscheidungsprozess teilzuhaben.

Die Unterbringung in Pata Rât erschwert den Zugang zu Arbeit, Bildung und anderen wichtigen Dienstleistungen; die nächste Bushaltstelle ist mehr als 2,5 Kilometer entfernt. Außerdem klagen die Umgesiedelten über die Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes aufgrund der giftigen Dämpfe aus der Müllhalde.

Wiederholte Anträge von Familien und MenschenrechtsaktivistInnen, die schweren Menschenrechtsverletzungen wieder gutzumachen, blieben bisher ohne Reaktion. Die Betroffenen fürchten, dass die Behörden sie ihrem Schicksal überlassen wollen.

Fordern Sie Gerechtigkeit für die vertriebenen Familien aus der Coastei-Straße in Cluj-Napoca! Die Appellpostkarten werden von Amnesty Österreich gesammelt und dem Bürgermeister von Cluj-Napoca im November übergeben!

(Porto Standardbrief bis 20 g: 62 Cent)

RUSSISCHE FÖDERATION FREIHEIT FÜR PUSSY RIOT!

REUTERS/Mexim Shemetov



Maria Alekhina, Nadezhda Tolokonnikova und Ekaterina Samutsevič der feministischen Punkband **Pussy Riot** wurden wegen „Rowdytum aufgrund antireligiösen Hasses“ zu zwei Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. Die drei Frauen sind Gewissensgefangene, die verurteilt wurden, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung friedlich wahrgenommen haben.

Am 21. Februar 2012 hatte Pussy Riot den Protestsong *Virgin Mary, redeem us of Putin (Jungfrau Maria, erlöse uns von Putin)* in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale aufgeführt. Das Protestlied ruft die Jungfrau Maria dazu auf, eine Feministin zu werden und Vladimir Putin zu verbannen. Es kritisiert außerdem die Unterstützung Putins durch einige Angehörige der Russisch-Orthodoxen Kirche. Der Auftritt war Teil der breiten Proteste gegen Putin und unfaire Wahlen in Russland.

Fordern Sie Freiheit für Pussy Riot!

(Porto Standardbrief bis 20 g: EUR 0,70)

VIENNALE

Vienna International Film Festival

25. OKTOBER BIS 7. NOVEMBER 2012

0800 664 012 A1-FREELINE • TICKETS AB 20. OKTOBER • WWW.VIENNALE.AT



WIEN KULTUR

bm:uk

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

A1

ERSTE BANK
Hauptsponsor V'12